

Antrag

der Abgeordneten Eugen Schmidt, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Matthias Moosdorf, Dr. Alexander Gauland, Markus Frohnmaier, Beatrix von Storch, Gerold Otten, Joachim Wundrak und der Fraktion der AfD

Für eine deutsche Zentralasienstrategie – Auf dem Weg in eine neue Partnerschaft für das 21. Jahrhundert

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die fünf zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Kirgisistan) stellen eine geopolitisch wichtige Brücke zwischen Ost und West sowie Nord und Süd dar. Gelegen in einer fragilen sowie sicherheits- und energiepolitisch immens wichtigen Region zwischen China, Russland, Afghanistan, der arabischen Welt, dem Kaukasus und dem Iran, sind die Staaten Zentralasiens seit ihrer Unabhängigkeit von der Sowjetunion für Deutschland aus folgenden Gründen von strategischer Bedeutung:

Energie und Rohstoffe - Die 2012 mit Kasachstan abgeschlossene Rohstoffpartnerschaft wurde leider nur in gänzlich unzureichendem Maße mit Leben gefüllt; 2. Infrastrukturelle Brückenfunktion – Der Seeweg ist für den Handelsaustausch mit Zentralasien größtenteils nicht geeignet, sodass andere Transportrouten besser ausgebaut werden müssen, um das wirtschaftliche Potenzial zwischen Deutschland und der Region besser entfalten zu können; 3. Bekämpfung von Terrorismus und Gewährleistung der inneren Sicherheit – Die Sicherheit sowohl Deutschlands als auch von Ländern Zentralasiens ist durch gewaltbereite Islamisten, auch aus dem zentralasiatischen Raum, bedroht. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich sollte darum verstärkt werden. 4. die deutschen Minderheiten – Der Deutsche Bundestag begrüßt die regelmäßigen Konsultationen der Bundesregierung mit Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan, um sich hinsichtlich der in diesen Ländern lebenden über 200.000 Deutschen zu beraten. Das Potenzial unserer Landsleute in Zentralasien als Brücke wird bislang jedoch nur unzureichend durch die Bundesregierung genutzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine deutsche Zentralasienstrategie auszuarbeiten, die den spezifischen deutschen Interessen und Möglichkeiten Rechnung trägt;
2. das Format 5+1 (Regierungsgipfel des deutschen Bundeskanzlers mit den Staatsechefs der fünf zentralasiatischen Staaten) zu verstetigen und mindestens jedes zweite Jahr durchzuführen, um die Implementation der gemeinsamen Vorhaben (u.a. Gemeinsame Erklärung der Staatsechefs Zentralasiens und des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland) zu evaluieren und

- neue Maßnahmen im Rahmen einer strategischen Partnerschaft zu vereinbaren;
3. UFK-Garantien für die Rohstoffversorgung, die Garantien für ungebundene Finanzkredite beinhalten, für die fünf zentralasiatischen Staaten auszuweiten und auf der anderen Seite klimapolitische Sektorleitlinien für Exportkreditgarantien und Investitionsgarantien der Bundesregierung abzuschaffen;
 4. neben der bestehenden Rohstoffpartnerschaft mit Kasachstan Rohstoffpartnerschaften auch mit den anderen Ländern Zentralasiens einzugehen;
 5. um die Rohstoffpartnerschaften mit Leben zu füllen, Einkaufsgemeinschaften von deutschen Unternehmen im Rohstoffsektor zu unterstützen sowie für deutsche Unternehmen nach dem Vorschlag des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft bei kritischen Rohstoffen feste Abnahmeverträge mit staatlichen Preisgarantien zu vereinbaren;
 6. den Ausbau des sog. Mittleren Korridors zwischen China, Zentralasien, Kaukasus, Türkei und Europa zu unterstützen;
 7. die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU) sowie die Islamische Dschihad Union (IJU) in Deutschland zu verbieten;
 8. deutlich entschiedener gegen tadschikische islamische Extremisten vorzugehen, von denen sich besonders viele in Deutschland aufhalten;
 9. auf die gemeinsame Unterstützung der OSZE sowie weiterer regionaler Organisationen für die zentralasiatischen Staaten im Sinne der Konfliktprävention bei Wasser- und Grenzkonflikten, dem Grenzmanagement und der Grenzsicherung, insbesondere zwischen Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Afghanistan sowie der Verhinderung von Drogen- und Menschenhandel und terroristischer Gefahren aus Afghanistan hinzuwirken;
 10. zusammen mit Usbekistan auf UN-Ebene darauf hinzuarbeiten, dass die eingefrorenen Gelder der afghanischen Zentralbank für ausschließlich humanitäre Zwecke unter einer strengen internationalen Kontrolle in Afghanistan verwendet werden können;
 11. islamistische Gefährder aus den zentralasiatischen Staaten in Kooperation mit ihren Herkunftsländern und ggf. Transitländern schnellstmöglich abzuschieben; evtl. bestehende Haftstrafen sind in den Herkunftsstaaten zu verbüßen, sofern dies durch zwischenstaatliche Vereinbarungen auch tatsächlich gewährleistet ist;
 12. auf Saudi-Arabien und Katar einzuwirken und diese aufzufordern, die Förderung von Islamismus und Dschihadismus u.a. in Zentralasien einzustellen;
 13. jegliche Versuche einzustellen, in den Staaten Zentralasiens auf einen Regime Change hinzuwirken und unzulässige, mit Zwangsmitteln durchgeführte, Einmischungen in innere Angelegenheiten zu unterlassen;
 14. die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Förderung der deutschen Sprache deutlich zu verstärken;
 15. die Förderung für die deutschen Minderheiten in Zentralasien substanziell und nachhaltig zu erhöhen.

Berlin, den 14. August 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach der Unabhängigkeit der fünf zentralasiatischen Staaten von der Sowjetunion als erster Staat in Europa diese anerkannt und diplomatische Vertretungen in allen fünf Republiken errichtet. Im Jahre 2022 begingen Deutschland und die fünf zentralasiatischen Republiken das dreißigjährige Jubiläum ihrer diplomatischen Beziehungen. Im September 2023 fand zum ersten Mal ein Gipfel zwischen dem Bundeskanzler und den fünf Staatschefs aus Zentralasien in Berlin statt.¹

Dabei stand insbesondere die Rohstoffproblematik im Vordergrund. Um die Abhängigkeit von China (90 Prozent der Seltenen Erden werden in China gefördert bzw. verarbeitet) und Russland (Gas, Öl) zu senken, verfügen die zentralasiatischen Staaten über ein beträchtliches Potential, das, neben dem vorrangigen Wiedereinstieg in die Kernkraft und der Forschung im Bereich der Kernfusion, von Deutschland im nationalen Interesse genutzt werden sollte. Weltweit kam es zwischen 2003 bis 2008 zu einem starken Anstieg der Metallpreise, vor allem durch die stark gestiegene Nachfrage aus China und anderen Schwellenländern. Dabei bedarf es einer strategischen Rohstoffplanung, da die Vorlaufzeiten für den Betrieb einer Mine zehn bis fünfzehn, teilweise zwanzig Jahre betragen.² Bei konstantem Konsum ist eine Verdoppelung des globalen Rohstoffverbrauchs bis 2050 zu erwarten.³ In den zentralasiatischen Republiken lagern beträchtliche Ressourcen an Gold, Silber, anderen kostbaren Metallen, Uran, Kupfer, Kohle, Gas, Öl und Antimon. Nach Angaben einer EU-Studie finden sich in Usbekistan und Kirgisistan je drei kritische Rohstoffe und in Kasachstan und Tadschikistan werden je zwei kritische Rohstoffe abgebaut.⁴ Usbekistan gehört weltweit zu den größten Goldproduzenten. Kasachstan ist der größte Produzent von Uran weltweit und damit für Deutschland von strategischer Bedeutung, wenn der industrie- und wirtschaftspolitisch sinnvolle Wiedereinstieg in die Kernkraft erfolgt.⁵ Auch hinsichtlich der Vorkommen an Kohlenwasserstoffen, Phosphoriten sowie Bunt- und Schwarzmetallen gehört Kasachstan weltweit zu den führenden Staaten.⁶ Turkmenistan besitzt die viertgrößten Gasreserven weltweit. Diese betragen 19,5 Billionen Kubikmeter (2019). Bei dem derzeitigen Produktionsniveau würden die Reserven für 135 Jahre reichen. Durch die geographische Lage und die politisch bedingte Ausrichtung des Pipelinesystems über den Nordkorridor (Russland) konnten Deutschland und die EU bislang nicht von diesen riesigen Reserven profitieren. Dennoch sind mehrere Pipelines in Planung (u.a. Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Indien; transkaspische Pipelines).⁷ Hierbei konkurriert Deutschland und Europa mit China, das durch „Knebelverträge“ für turkmenisches Gas bereits die Nabucco-Pipeline verhindert hat.⁸ Dennoch bestehen durch TAP und TANAP strategisch wichtige Gaspipelines für den Transport von Erdgas aus dem kaspischen Raum.

Deutschland hat bislang, als rohstoffarme, auf Rohstoffe stark angewiesene Industriemacht, kaum vom zentralasiatischen Rohstoffreichtum profitiert. „In den vergangenen Jahren ist die Beteiligung deutscher Investoren an ausländischen Bergbauunternehmen eingebrochen.“⁹ Dabei wäre die deutsch-zentralasiatische Rohstoffkooperation auch im Interesse der zentralasiatischen Staaten, die so – jenseits des chinesischen Zugriffs – die Abhängigkeit von China verringern und Wertschöpfungsketten im eigenen Land statt fremder Ausbeutung aufbauen könnten. Einer der wichtigsten Gründe liegt im Fehler einer kohärenten Gesamtstrategie jenseits des Ressortegoismus. Zudem sollten die UFK-Garantien nicht den ideologischen Klimaschutzzielen der Bundesregierung geopfert werden, auch Projekte zur Gas- und Ölförderung oder Verarbeitung sollten weiter förderungswürdig sein. Bezeichnenderweise wurden in den Jahren 2022 und 2023 keine UFK-Garantien an die zentralasiatischen

¹ Vgl. F. Schmidt / M. Wyssuwa: Der Krieg, das Öl und fünf neue Freunde. In: FAZ, 29.09.2023, online verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zentralasien-gipfel-in-berlin-fuenf-neue-freunde-19210787.html> (zuletzt geprüft am 03.06.2024); <https://ostexperte.de/deutschland-investiert-der-zentralasien-gipfel-in-berlin/> (zuletzt geprüft am 03.06.2024); Gemeinsame Erklärung der Staatschefs Zentralasiens und des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland. 2023. Online verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2226662/63a570a73d143bdf5f781a7685fe2173/2023-09-29-z5-erklaerung-data.pdf?download=1> (zuletzt geprüft am 03.06.2024).

² Vgl. A. Klünnert: Rohstoffpolitik im 21. Jahrhundert. In: WeltTrends, Nr. 118, 24. Jahrgang, 2016, S. 24-29.

³ Vgl. ebd.

⁴ Vgl. Deutsche Rohstoffagentur: Rohstoffwirtschaftliche Bewertung der Länder Afrikas, Asiens, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit Georgien und Südamerikas im Hinblick auf die Bedeutung für Deutschland. September 2010. S. 28. Online verfügbar unter: https://www.deutsche-rohstoffagen-tur.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/laenderbewertung.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (zuletzt geprüft am 25.07.2024).

⁵ Vgl. D. Neitzel: Uranhersteller 2022. Diese Hersteller produzieren das meiste Uran. 10. Januar 2022, aktualisiert am 8. September 2023. Online verfügbar unter: <https://www.technik-einkauf.de/rohstoffe/kritische-rohstoffe/diese-unternehmen-produzieren-das-meiste-uran-287.html> (zuletzt geprüft am 25.07.2024).

⁶ Vgl. Botschaft der Republik Kasachstan (Hrsg.): Kasachstan 2021. 30 Jahre Unabhängigkeit. Daten – Fakten – Hintergründe. Berlin 2020, S. 21.

⁷ Vgl. NUMOV (Hg.): Near and Middle East Economic Handbook. Berlin 2022 (Beiträge zu Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisistan sowie Tadschikistan) sowie Deutsche Rohstoffagentur, a.a.O.

⁸ Vgl. Th. Kunze: Zentralasien. Porträt einer Region. Berlin 2018, S. 207.

⁹ Berliner Eurasischer Klub: 40. Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs in Astana. 15. Mai 2024, <https://bek-klub.net/session/40-sitzung-des-berliner-eurasischen-klubs-in-astana/> (zuletzt geprüft am 29.07.2024)

Staaten gewährt.¹⁰ Die klimapolitische Sektorleitlinien für Exportkreditgarantien und Investitionsgarantien der Bundesregierung sind abzuschaffen.¹¹ Schließlich sollte die Bundesregierung nach Empfehlungen des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft „Investoren einen Teil des Risikos bei Projekten zur Rohstoffförderung abnehmen“, indem sie diesen einen Fixpreis garantiert. „Falle der Marktpreis unter diese Marke, müsste der Verlust staatlich ausgeglichen werden, steige der Preis umgekehrt über die vereinbarte Zielgröße, müsse das Unternehmen Einnahmen an den Staat abführen.“¹² Auch die Förderung von projektbezogenen Einkaufsgemeinschaften deutscher Unternehmen ist sinnvoll.

Ohne den Ausbau der infrastrukturellen Verbindung zwischen Zentralasien, das zwischen Ostasien und Europa sowie der Türkei – über den Kaukasus – eine Brückenfunktion hat, wird der wirtschaftliche Austausch zwischen Deutschland und Zentralasien weiterhin nicht sein Optimum erreichen. Um der infrastrukturellen Herausforderung zu begegnen, sollte der Middle Corridor als transkaspische Transportroute ausgebaut worden – von Südostasien und China durch Kasachstan, das Kaspische Meer, Aserbaidschan, Georgien und weiter in die Türkei und nach Europa, unter Umgehung Russlands.¹³ Hierbei verringert sich die Transportzeit gegenüber dem Seeweg (13 bis 21 Tage im Vergleich zu 35 bis 45 Tagen). Nach Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat die Transportmenge über den Middle Corridor bereits stark zugenommen. Jedoch bietet der Middle Corridor nach wie vor nur fünf Prozent der Transportkapazität des Nordkorridors über Russland und sollte entsprechend, mit Unterstützung der Bundesregierung, weiter ausgebaut werden.¹⁴

Neben Rohstoffen, Energie und Infrastruktur ist ein deutsches Engagement in Zentralasien aus Gründen der nationalen Sicherheit von Bedeutung. In den fünf ehemaligen sowjetischen Republiken kam es nach der Unabhängigkeit 1991 zu einer Re-Islamisierung, die auch das Gefährdungspotential von Islamismus und Dschihadismus erheblich gesteigert hat: „Zu den Ursachen der islamischen Wiederbelebung gehört die Aufwertung des Islam als Teil der zuvor unterdrückten nationalen Erbschaft, der zunehmende Austausch mit anderen islamischen Staaten, die kostenlose Verbreitung von Koranausgaben und der Bau von Moscheen, die durch Saudi-Arabien finanziert werden“¹⁵ Dabei gab es Islamismus in Zentralasien bereits seit den Zeiten der Sowjetunion: 1986 kam es in Alma-Ata, der damaligen kasachischen Hauptstadt sowie Kurgan (Tadschikistan) zu Unruhen.¹⁶ Heute sind Hizb ut-Tahrir, die Islamische Bewegung Usbekistans sowie als Abspaltung von der letzteren die Islamische Dschihad Union (IJU) die wichtigsten dschihadistischen Organisationen, welche in Zentralasien entstanden, aber auch zunehmend in Deutschland operieren.

Die in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegte Hizb ut-Tahrir hat 7.000 bis 60.000 Anhänger in Usbekistan, 3.000 bis 5.000 Mitglieder in Kirgisistan und Tadschikistan.¹⁷ Die IBU und die IJU dagegen sind in Deutschland nicht verboten, obgleich beide dem IS die Gefolgschaft geschworen haben. Aktuell gibt es in Deutschland elf Gefährder mit der tadschikischen, einen mit der kirgisischen und einen mit der turkmenischen Staatsangehörigkeit.¹⁸ Tadschikische Terrorverdächtige wurden jüngst im Jahr 2023 in Nordrhein-Westfalen festgenommen.¹⁹ 2006/2007 wurde von den deutschen Sicherheitsbehörden eine aus deutschen sowie türkischen, zum Teil konvertierten, IJU-Mitgliedern bestehende Terrorzelle im Sauerland aufgehoben. Einer der wichtigsten Gefährdungen für die zentralasiatische und deutsche Sicherheit ist die durch das von den Taliban beherrschte Afghanistan, wo sich der IS bzw. dessen regionaler Ableger ISPK, nach Ansicht von Terrorismusexperten die größte islamistische Gefährdung in Deutschland und Europa, ausbreiten.²⁰ In Kirgisistan gab es bereits vor der Taliban-Herrschaft eine starke Zunahme der Islamisierung, u.a. durch Saudi-Arabien. Zwischen Tadschikistan und Afghanistan existiert eine weitgehend ungesicherte 1300 km lange Grenze, durch die Waffen/Drogen- und

¹⁰ Vgl. Drs. 20/11833 (Schriftliche Frage des Abg. Bystron), S. 4.

¹¹ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion. Drs. 20/9096. Online verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/090/2009096.pdf> (zuletzt geprüft am 03.06.2024).

¹² A. Metz: Deutschland verschläft große Chancen in Kasachstan. 12.04.2024. Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Online verfügbar unter: <https://www.ost-ausschuss.de/de/deutschland-verschlaeft-grosse-chancen-kasachstan> (zuletzt geprüft am 03.06.2024).

¹³ Vgl. <https://middlecorridor.com/en/route> (zuletzt geprüft am 03.06.2024).

¹⁴ Vgl. W. Walter: Challenges and Opportunities of the Middle Corridor. German Economic Team. November – Dezember 2022. Online verfügbar unter: <https://www.german-economic-team.com/en/newsletter/challenges-and-opportunities-of-the-middle-corridor/> (zuletzt geprüft am 03.06.2024).

¹⁵ Vgl. A. Heinemann-Grüder: Politischer Islam in Zentralasien. In: I.-J. Werkner; J. Kursawe; M. Johannsen; B. Schoch; M. v. Boemcken: Friedensgutachten 2014. Berlin 2014, S. 212-223.

¹⁶ Vgl. A. Kunze, a.a.O., S. 79.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 219.

¹⁸ Vgl. Antwort auf die schriftliche Einzelfrage des Abg. Bystron (AfD), Drs. 20/12255, S. 35. Online verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/122/2012255.pdf> (zuletzt geprüft am 25.07.2024).

¹⁹ Vgl. C. Unger: Terror-Verdächtige in NRW festgenommen: Das ist bekannt. Berliner Morgenpost, 06.07.2023, online verfügbar unter: <https://www.morgenpost.de/politik/article238872771/razzia-verdaechtige-terror-deutschland-gsg9-anschlag.html> (zuletzt geprüft am 04.06.2024)

²⁰ Vgl. Tweet von Prof. Dr. Peter Neumann vom 03.06.2024, <https://x.com/PeterRNeumann/status/1797705095221739679> (zuletzt geprüft am 04.06.2024)

Menschenschmuggel erfolgt. Zu beiden Seiten der Grenze leben Tadschiken. Während Tadschikistan einen harten Anti-Taliban-Kurs verfolgt, versucht Usbekistan mit einem ausgeglichenen Ansatz, die Nordprovinzen Afghanistans, in denen auch viele Usbeken und Turkmenen leben, zu stabilisieren und einen Sicherheitspuffer zu schaffen. So gibt es eine Eisenbahnstrecke zwischen Termez und Mazar-e Sharif, auch erfolgt die Versorgung mit Steinkohle und Lebensmitteln durch Usbekistan.²¹ Vor Kurzem hat der usbekische Präsident Mirziyoyev vorgeschlagen, die durch die USA eingefrorenen Gelder der afghanischen Zentralbank ausschließlich für humanitäre Zwecke unter strenger Überwachung freizugeben.²² Hierbei sollte ihn Deutschland unterstützen, wobei gleichzeitig auf die gemeinsame Unterstützung der OSZE, der NATO sowie der OVKS für die zentralasiatischen Staaten im Sinne der Konfliktprävention bei Wasser- und Grenzkonflikten, dem Grenzmanagement und der Grenzsicherung, insbesondere zwischen Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Afghanistan sowie der Verhinderung von Drogen- und Menschenhandel und terroristischer Gefahren aus Afghanistan hingewirkt werden sollte. All das im deutschen nationalen Interesse. Islamismus und Dschihadismus zu verhindern heißt auch, die eigene Partnerschaft mit Saudi-Arabien und Katar zu überdenken: „Wollte man sich gemeinsame mit den zentralasiatischen Regierungen und Bürgern gegen islamische Militanz wenden, müssten die westlichen Staaten aber vor allem die enge Partnerschaft mit deren Hauptsponsoren, Saudi-Arabien und Katar, aufkündigen“²³ Sonst droht ein Verlust der zentralasiatischen Bevölkerungsmehrheit an Islamisten, Instabilität, Terrorismus und massive Migrationsströme.²⁴ Zentralasien hat eine durch die repressive Sowjetmacht säkuläre Tradition der Modernisierung, aber auch eine Tradition des relativ gemäßigten hanafitischen Islams und ist im Vergleich zu vielen Staaten des Nahen und Mittleren Osten daher im Vorteil, was Radikalisierungsprävention angeht.²⁵ Der ehemalige Regionalbeauftragte der KAS für Zentralasien, Thomas Kunze, stellt fest: „Auch wenn Autokratien dem aufgeklärten Europa fremd sind: Zentralasien ist eine säkularstaatlich verfasste Region zwischen dem aufgewählten und sich immer mehr radikalierenden Nahen und Mittleren Osten sowie Russland und der Europäischen Union, deren Stabilität und Wohlfahrt im gemeinsamen europäischen und russischen Sicherheitsinteresse liegt“.²⁶ Daher gibt es zwischen Europa, den USA, Russland und China ein gemeinsames Interesse, gegen Terrorismus, Drogen/Waffen- und Menschenschmuggel in Zentralasien vorzugehen.

Jegliche Versuche, einen „demokratischen“ Regime Change in Zentralasien zu bewirken, sind nicht nur kontraproduktiv, sondern gefährlich. Regime Change hat bereits im Nahen und Mittleren Osten zu mehreren Kriegen und großen Migrationsströmen beigetragen (Syrien, Libyen, Irak, Afghanistan). Auch im zentralasiatischen Kirgisistan hat die Tulpen-Revolution und die bis heute anhaltende Instabilität nicht zu Frieden, Sicherheit und Wohlfahrt beigetragen. Daher stellt der ehemalige deutsche Botschafter und Zentralasienexperte Seifert fest: „Für die europäische Politik gilt es zu beachten, dass kraft jenes komplexen bi- und multilateralen Beziehungsgeflechtes die zentralasiatischen Führungen für ihr politisches und ökonomisches Überleben immer weniger von Europas Verständnis und Unverständnis der in ihrer Großregion ablaufenden Prozesse abhängen. Sie haben eine Wahl“.²⁷ Der Weg zur Demokratie führt nur durch interne Evolution und nicht durch externe Revolution.

Nicht nur die Sicherheit, Rohstoffe, Energie und Infrastruktur verbinden Deutschland und Zentralasien. Es sind auch und gerade die deutschen Minderheiten. In Zentralasien gab es in Kasachstan sogar eine Zunahme der Einwohner, welche sich als Deutsche identifizieren – von 180.000 im Jahr 2012 auf 226.000 im Jahr 2021. In Kirgisistan sind es aktuell weniger als 20.000; in Usbekistan 7.000 bis 8.000, in Tadschikistan weniger als 500 und für Turkmenistan liegen keine Angaben vor.²⁸ Hierbei sollte Deutschland nicht die kulturellen Brücken abreißen, indem die Mittel im Haushalt des Bundesministeriums des Inneren immer weiter gekürzt werden, sondern die Finanzierung substantiell erhöhen. Nicht zuletzt sind die Deutschen aus Zentralasien wichtige Akteure, was die beiderseitigen Geschäftsbeziehungen, Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen angeht. Die deutsch-zentralasiatische Partnerschaft hat Zukunft, weil sie im beiderseitigen Interesse ist.

²¹ Vgl. A. Kunze, a.a.O., S. 198ff.

²² Vgl. Address by the President of the Republic of Uzbekistan Shavkat Mirziyoyev at the 78th Session of the UN General Assembly. New York, September 19, 2023. In: Uzbekistan-Germany: Course to a new level of mutually beneficial cooperation. Tashkent 2023. S. 18-28.

²³ Vgl. A. Kunze, a.a.O., S. 223.

²⁴ Vgl. A. C. Seifert: Islamischer Aufbruch in Zentralasien – Spezifika religiöser Radikalisierungsprävention. S. 297-316. In: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg / IFSH (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2018. Baden-Baden 2020.

²⁵ Vgl. ebd., S. 299.

²⁶ Vgl. A. Kunze, a.a.O., S. 231.

²⁷ Vgl. A. C. Seifert: Herausforderungen der Unabhängigkeit, in: WeltTrends, Nr. 121, Jg. 24, S. 32-37, hier: S. 31.

²⁸ Vgl. A. Kunze, a.a.O., S. 68.